

Der Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“: Prozessproduzierte Daten als Quelle für die quantitative historische Sozialforschung und eine Soziologie des DDR-Sozialismus

*Axel Salheiser, Dietmar Remy & Ronald Gebauer**

Abstract: The Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ (Data Fund of Societal Work Power, DS GAV) of the GDR administration is a unique database from the 1980's that comprises a variety of entries on the socio-demographic and socio-economic traits, the qualification, and the employment of more than 7 million former inhabitants of the GDR. The DS GAV was built up and maintained in order to establish a more efficient human resource management in the centralized state economy of the GDR i.e., to guarantee controlled allocation of manpower and fluctuation of personnel between sectors and enterprises, but the potential of the project was most likely never used in a sufficient way. 15 years after the collapse of state socialism in East Germany, the DS GAV serves as a source for quantitative historical social research towards a sociology of GDR society. A research project on GDR elites and processes of societal differentiation which is part of the Sonderforschungsbereich 580 (Collaborative Research Center), Jena, Germany, uses the DS GAV among other databases from GDR times. The paper discusses historical background, data handling, exploration and first sociological analyses based on the DS GAV.

* Address all communications to: Axel Salheiser, Friedrich-Schiller-Universität Jena, SFB 580, Carl-Zeiß-Str. 2, 07743 Jena, Phone: 0049 3641 945059, Fax: 0049 3641 945052, E-Mail: axel.salheiser@uni-jena.de.

1. Einleitung

Im vorliegenden Beitrag möchten wir den Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ (DS GAV) vorstellen, der bis 1990 zur Erfassung und Auswertung der arbeitsökonomischen Merkmale von bis zu sieben Millionen Beschäftigten geführt wurde. Der DS GAV gehört zu einer ganzen Reihe von personenbezogenen Datensätzen, die die DDR hinterließ und die heute zu einem großen Teil im Bundesarchiv auf modernen Speichermedien aufbewahrt und in jüngster Zeit für die sozialwissenschaftliche Forschung zugänglich gemacht werden (vgl. Rathje 2003). Wie die anderen DDR-Datensätze auch, wurde der DS GAV durch den DDR-Verwaltungsapparat erhoben, weshalb eine sozialwissenschaftliche Nutzung dieser prozessproduzierten Daten nicht ganz unproblematisch ist. Für eine Sekundärdatennutzung des DS GAV ist eine historische und sozialwissenschaftliche Quellenkritik unbedingt geboten.

Zunächst möchten wir daher den Datenspeicher in seinen geschichtlichen Kontext einordnen und hinsichtlich seines Aufbaus und Inhaltes charakterisieren. Unserem Wissen nach existiert außer dem Artikel von Dietz/Rudolph (1990), der Dissertation Annegret Groebels über Erwerbstätigenstrukturen in BRD und DDR (Groebel 1997)¹ sowie einer rein datentechnisch und theoretisch orientierten Dissertation aus der DDR (Salomon 1981)² keine weitere Literatur, in der auf den DS GAV Bezug genommen wird.

Dann möchten wir anhand des (prozessproduzierten) DS GAV Fragestellungen und Probleme erörtern, die sich im Zusammenhang mit einer sozialwissenschaftlichen Sekundärnutzung prozessproduzierter Daten zwangsläufig ergeben (vgl. u.a. Best/Hornbostel 2003b). Darüber hinaus stellen wir erste Auswertungen vor, die einen kleinen Einblick in das Potential des DS GAV bieten sollen.

2. Historischer Abriss zum Aufbau und zur Nutzung des DS GAV (1975–1990)

Zentrale Verwaltungswirtschaften sind bestrebt, einen möglichst umfassenden Einblick in den eigenen Arbeitskräftebestand zu erlangen, um Arbeitsprozesse und -einsätze detailliert planen zu können. In der DDR waren an Arbeitskräfte-daten insbesondere die zahlreichen Industrieministerien interessiert, aber auch diejenigen dem Ministerrat unterstellten zentralen Staatsorgane, die Querschnittsfunktionen für alle Wirtschaftsbereiche übernommen hatten. Von be-

¹ Groebel vergleicht in erster Linie Beschäftigtenzahlen nach Wirtschaftssektor und Arbeitsbereichen.

² Allerdings war diese Arbeit Jürgen Salomons in der DDR als vertrauliche Dienstsache eingestuft.

sonderer Wichtigkeit war neben der Staatlichen Plankommission und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (SAL).

Das 1973 gegründete SAL³ war das größte Staatssekretariat der DDR und wichtiger als manches Ministerium. Sein Leiter von 1977 bis 1989, Staatssekretär Wolfgang Beyreuther, hatte einen Sitz im Ministerrat und war zudem Mitglied im ZK der SED. Der Aufgabenbereich des zentralen Staatsorgans erstreckte sich von der Erschließung der Arbeitskräftereserven, der Formulierung von Vorschlägen für die staatliche Lohn- und Prämienpolitik, der Zusammenarbeit mit dem FDGB, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Initiierung von Arbeitsschutzmaßnahmen, der Ausarbeitung von Urlaubsregelungen, der Weiterentwicklung des Arbeitsrechts bis hin zur arbeitswissenschaftlichen Forschung. Zur Durchsetzung seiner lohn- und sozialpolitischen Linie besaß der Staatssekretär ein Weisungsrecht gegenüber den Direktoren der Ämter für Arbeit und Löhne bei den Räten der Bezirke.⁴

Die fortschreitenden Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung in den siebziger Jahren berücksichtigte auch das SAL. Ein EDV-Projekt wurde konzipiert, das als effektives Hilfsmittel bei der Planung des Arbeitseinsatzes und der Kontrolle der Arbeitskräftebewegung dienen sollte. Das Präsidium des Ministerrates der DDR verabschiedete im November 1975 den Beschluss zum Aufbau des Datenspeichers „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen der DDR“ (DS GAV) unter Verantwortung des SAL.⁵ Das „gesellschaftliche Arbeitsvermögen“ war ein Begriff der sozialistischen Volkswirtschaft und beinhaltete die Gesamtheit der Fertigkeiten der arbeitsfähigen Bevölkerung. Der knapp gehaltene, gerade einmal zweieinhalbseitige Maßnahmeplan der DDR-Regierung zum Aufbau des DS GAV war der Auftakt einer gewaltigen Datenerfassungsaktion, die zur Schaffung eines personenbezogenen Massendatenspeichers führte, der schließlich die arbeitsökonomischen Merkmale von über sieben Millionen Beschäftigten umfasste. Allerdings wurden zehn Jahre benötigt, um die „völlig neue, aber volkswirtschaftlich bedeutsame Aufgabe“⁶ zu erfüllen. Ab 1986 stand der DS GAV – in der Programmversion Stamm I/R⁷ – uneingeschränkt für Analysen zur Verfügung, nachdem zuvor bereits Teildatenfonds genutzt werden konnten.

³ Es stand in der Nachfolge eines seit 1958 existierenden Staatlichen Komitees für Arbeit und Löhne.

⁴ Stichwort „Staatssekretariat für Arbeit und Löhne“. In: Herbst / Ranke / Winkler (1994), Bd. 2, S. 1001–1003. Lapp (1982), S. 252 f.

⁵ Beschluss des Präsidiums des Ministerrates der DDR zum Aufbau eines Datenspeichers „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen der DDR“ vom 25. November 1975 (mit Maßnahmeplan), BArch DC 20-I/4/3436.

⁶ Staatssekretariat für Arbeit und Löhne: Zum Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen und seine(r) Nutzung, 9. November 1982, BArch DQ 3/1476.

⁷ Neben dem Stammdatenprojekt gab es ein GAV-Lohndatenprojekt, das hier nicht behandelt wird.

Eine Erfassungspflicht gab es für die berufsbiografischen Angaben von Arbeitern, Angestellten, Lehrlingen sowie Mitarbeitern der Produktionsgenossenschaften und Rechtsanwaltskollegien.⁸ Folgende Faktoren führten jedoch dazu, dass vom SAL nicht die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung der DDR erfasst werden konnte, sondern der DS GAV letztlich nur die Merkmale von weniger als 80 Prozent dieser Personengruppen enthielt:

- 1) Aufgrund des Fehlens personeller und organisatorischer Voraussetzungen wurde darauf verzichtet, Leiter und Mitarbeiter privater und konfessioneller Betriebe und Einrichtungen abzuspeichern.⁹ Es handelt sich hierbei aber um eine zu vernachlässigende Größenordnung.
- 2) Die Ministerien für Inneres, Nationale Verteidigung und Staatssicherheit waren zwar formal dem Ministerrat der DDR unterstellt, zeigten jedoch aus Gründen des Geheimnisschutzes diesem gegenüber keine Bereitschaft, Anzahl und Qualifikation ihrer Arbeitskräfte offen zu legen. Und auch die Parteien und Massenorganisationen ließen sich von der Regierung der DDR nicht in die Karten schauen, sondern unterhielten eigene personenbezogene Datenspeicher (die 1989/90 vernichtet wurden).
- 3) Die Abteilung Kader beim Ministerrat der DDR hatte 1972, also bereits drei Jahre vor dem SAL, mit dem Aufbau eines Datenfonds begonnen, der ab 1983 als Zentraler Kaderdatenspeicher (ZKDS) des Ministerrates bezeichnet wurde und 1989 zirka 332.000 Führungskräfte umfasste.¹⁰ Ein Großteil der erfassungspflichtigen Personen des ZKDS bestand aus Mitarbeitern der zentralen und örtlichen Staatsorgane. Da es immer wieder Pläne zur Zusammenlegung der Datenfonds DS GAV und ZKDS gab – entweder in einem Datenspeicher oder zumindest im gleichen Rechenzentrum –, verzichtete das SAL zur Vermeidung einer doppelten Datenerhebung vorerst auf die Abspeicherung der in den Ministerien, anderen zentralen Staatsorganen und den Räten der Bezirke beschäftigten Personen. Die Abteilung Kader beim Ministerrat und das SAL konnten jedoch in der Folgezeit über die Verantwortlichkeiten und eine gemeinsame Projektbasis nie eine Einigung erzielen und ignorierten sogar einen Beschluss des Präsidiums des Ministerrates in dieser Frage.¹¹
- 4) Das Ministerium für Volksbildung führte einen „Arbeitskräftedatenspeicher Volksbildung“, der über die Merkmale des pädagogischen

⁸ Staatssekretariat für Arbeit und Löhne: Katalog zur Ersterfassung und Fortschreibung von ausgewählten Daten des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, o. D., BArch DQ 3/1983.

⁹ Beschluss des Präsidiums des Ministerrates über Maßnahmen zur Koordinierung des Aufbaus von Personendatenspeichern vom 13. Oktober 1976, BArch DC 20/1/4/3649.

¹⁰ Zur Geschichte des ZKDS siehe Remy (2003).

¹¹ Beschluss des Präsidiums des Ministerrates über Maßnahmen zur Koordinierung des Aufbaus von Personendatenspeichern vom 13. Oktober 1976, BArch DC 20/1/4/3649.

Fachpersonals Auskunft gab. Dieser Datenfonds sollte in den DS GAV eingespeist werden; hierbei kam es ständig zu Verzögerungen, zuletzt wurde die Datenübergabe auf das Jahr 1990 verschoben¹² und nicht mehr realisiert.

Zum zentralen Rechenzentrum für das EDV-Projekt wurde Ende der siebziger Jahre das VEB Datenverarbeitungszentrum Erfurt¹³ bestimmt, ab 1989 übernahm das VEB Datenverarbeitungszentrum Berlin¹⁴ diese Funktion. Die Datenverarbeitungszentren unterstanden dem VE Kombinat Datenverarbeitung¹⁵ der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und übernahmen Dienstleistungsfunktionen für staatliche und Wirtschaftseinrichtungen. Dort kamen ESER-Großrechner mit 2048 KB Arbeitsspeicher unter dem Betriebssystem OS/ES zum Einsatz. Zuständig für die Datenerhebungen, -aktualisierungen und -korrekturen waren die Kaderabteilungen der Betriebe und Einrichtungen, da sie die Personalunterlagen der Arbeitskräfte aufbewahrten. Die Kodierungen wurden nach den von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik herausgegebenen für alle EDV-Projekte gültigen Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken (VAKS) vorgenommen. Als Ordnungsmerkmal diente bei der Führung des DS GAV die zwölfstellige Personenkenzahl (PKZ), die jedem DDR-Bürger bei der Geburt von der Volkspolizei vergeben wurde.¹⁶ Zwischen 1981 und 1983 schufen die 55 zentralen Staatsorgane der DDR (27 Ministerien, ferner Staatssekretariate und Ämter) Arbeitskräftedatenspeicher (AKDS)¹⁷, die alle Beschäftigten des Verantwortungsorgans, z. B. in den unterstellten Kombinat, umfassten und monatlich aktualisiert wurden.¹⁸ Diese AKDS dienten in der Folgezeit als Datenquelle für den DS GAV, die erfassungspflichtigen GAV-Merkmale mussten also schon bei der Einspeisung in die AKDS geprüft werden (u. a. PKZ-Singularitäts-, Logik- und Schlüsselnummernprüfung).¹⁹

¹² Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, Forschungs- und Rechenzentrum: Information über die Beratung zur Datenübergabe AKDS-GAV, 23. September 1988, BArch DR 2/8292.

¹³ Beschluss des Präsidiums des Ministerrates zum Bericht über die Erprobung der Datenerfassung und die Ergebnisse der Projektierung des Datenspeichers „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ sowie über die Weiterführung der Arbeiten vom 14. Februar 1979, BArch DC 20/1/4/4274. Wirtschaftsvertrag über Aufbereitungsleistungen zwischen dem Staatssekretariat für Arbeit und Löhne und dem VEB Datenverarbeitungszentrum Erfurt, 5. Januar 1988, BArch DQ 3/1690.

¹⁴ Vertrag über Aufbereitungsleistungen der Datenverarbeitung zum Projekt „Datenspeicher gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ zwischen dem Staatssekretariat für Arbeit und Löhne und dem VEB Datenverarbeitungszentrum Berlin, 23. Dezember 1988, BArch DQ 3/1690.

¹⁵ Bis 1979 VVB Maschinelles Rechnen.

¹⁶ Weitere Ordnungskriterien waren die Betriebs- und die Personalnummer.

¹⁷ Auch als AKDS-M (Arbeitskräftedatenspeicher der Ministerien) bezeichnet.

¹⁸ Gesetzliche Grundlage für den Aufbau der AKDS war ein Beschluss des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 3. Juli 1981, BArch DC 20/1/4/4792.

¹⁹ Die Prüfungen waren oft unzureichend. Schreiben des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne an das Rechenzentrum bei Ministerium für Wissenschaft und Technik vom 24. September 1986, BArch DC 20/9003.

Die 14 Räte der Bezirke und der Magistrat von Berlin lieferten an den DS GAV die arbeitsökonomischen Merkmale der Beschäftigten der örtlich geleiteten Wirtschaft. Bei der jährlichen Reorganisation der eingespeicherten Daten wurden Neubildungen von Kombinat und Neuzuordnungen von Betrieben und Einrichtungen berücksichtigt.

Jedes Staatsorgan war zur Verwertung der Mitarbeiterdaten des eigenen Verantwortungsbereichs befugt. Das SAL stellte den Nutzern hierzu einen Angebotskatalog mit Auswertungsvorschlägen zur Verfügung, die statistische Übersichten sowie konkrete Personenrecherchen umfassten. Für das Jahr 1988 waren 810 Auswertungen auf 853.000 Blatt Papier geplant.²⁰ Das Rechenzentrum lieferte über den Zentralen Kurierdienst die Analysen als Druckliste oder auf Magnetband.²¹ Die Daten aus dem DS GAV durften allerdings nicht veröffentlicht werden. Einblick in den gesamten Datenfonds durften aus Gründen der Geheimhaltung nur Staatsorgane mit Zuständigkeit für die gesamte Volkswirtschaft nehmen. Neben dem SAL waren dies das Ministerium für Handel und Versorgung²² und das Staatssekretariat für Berufsbildung²³, das für die Ermittlung des Bedarfs an Arbeitskräften in bestimmten Berufen zuständig war und sich daher für die Anzahl der Beschäftigten im Vorrentenalter interessierte. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik ließ sich GAV-Daten für Zwecke der Arbeitskräfteberichterstattung als Teil des zentralisierten Berichtswesens liefern, übte jedoch häufig Kritik an der Datenqualität (Vollständigkeit, Aktualität) und dem ihres Erachtens zu geringen Merkmalsumfang des DS GAV.²⁴ Mängel an der Qualität der eingespeisten Daten blieben auch dem SAL nicht verborgen. Sie hatten ihre Ursache darin, dass die Betriebe viel Arbeit verrichten sollten, aber wenig eigenen Nutzen von der Datenerfassungsaktion hatten, und auch zahlreiche übergeordnete Organe zu wenig mit den EDV-Daten arbeiteten (oft mangels technischer Möglichkeiten) und dadurch Fehler und Lücken lange unentdeckt blieben: „Noch immer reichen die Anstrengungen der Betriebe in der Primärdatenerfassung und Aktualisierung nicht aus, die Datenqualität

²⁰ Wirtschaftsvertrag über Aufbereitungsleistungen zwischen dem Staatssekretariat für Arbeit und Löhne und dem VEB Datenverarbeitungszentrum Erfurt, 5. Januar 1988, BArch DQ 3/1690. 1981 gab es 495 Auswertungsaufträge, davon 385 durch die Ämter für Arbeit und Löhne. Staatssekretariat für Arbeit und Löhne: Nutzung von Ergebnissen aus dem Datenspeicher GAV für die Qualifizierung der analytischen Tätigkeit der Ämter für Arbeit, o. J. (1982), BArch DQ 3/1476.

²¹ Staatssekretariat für Arbeit und Löhne: Nutzerordnung für den Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen, August 1986, BArch DQ 3/1690.

²² Rechenzentrum des Ministeriums für Wissenschaft und Technik: Niederschrift zur 22. Beratung der Arbeitsgruppe Staatliche Leiter zur Unterstützung der Ministerien und anderen zentralen Staatsorgane beim Aufbau und der Nutzung von Arbeitskräftedatenspeichern am 26.9.1986 im Ministerium für Wissenschaft und Technik, BArch DC 20/9116.

²³ Staatssekretariat für Arbeit und Löhne: Zum Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen und seine(r) Nutzung, 9. November 1982, BArch DQ 3/1476.

²⁴ Staatssekretariat für Arbeit und Löhne, Abteilung Arbeitskräfte/Information: Vorlage für die Leiterberatung, 10. September 1985, BArch DQ 3/1690.

generell auf ein höheres Niveau zu bringen. Wesentlicher Grund dafür ist, daß die Nutzung des ganzen Datenspektrums in den Kombinat und Ministerien für Zwecke arbeitsökonomischer Analysen und Planungsaufgaben weit unter den Möglichkeiten bleibt. Es fehlt bei den datenspeichernden Betrieben und Einrichtungen ein zwingendes Erfordernis zur Erreichung einer hohen Datenqualität.²⁵

Mit Abstand größter Nutzer des DS GAV waren die Ämter für Arbeit und Löhne bei den Räten der Bezirke und die ihnen unterstellten Ämter für Arbeit bei den Räten der Kreise, die Informationen zu Alters-, Qualifikations- und Berufsstruktur der Beschäftigten benötigten. Sie ermittelten Erwerbstätige mit speziellen Fertigkeiten (z. B. Kraftfahrer, Bäcker), bemühten sich um die Gewinnung von Arbeitskräften für Schwerpunktaufgaben (z. B. FDJ-Initiative Berlin, Erdgastasse UdSSR) und wählten Fachkräfte für Einsätze bei Havarien und Katastrophen aus.²⁶ Der DS GAV wurde für die Bedürfnisse der Ämter für Arbeit und Löhne ab Mitte der achtziger Jahre in 15 Territorialdatenfonds aufgeteilt,²⁷ die jeweils alle Arbeitskräftedaten der zentral und örtlich geleiteten Betriebe und Einrichtungen eines Bezirks umfassten. Sie erhielten die Bezeichnung „Arbeitskräftedatenpeicher der Bezirke“ (AKDS-B)²⁸ und waren für die Ämter auf Bezirksebene von großer Bedeutung, weil diese Ämter keine andere Möglichkeit besaßen, um in die Arbeitskräftestrukturen der den DDR-Ministerien unterstellten zentral geleiteten Kombinate ihres Territoriums Einblick zu nehmen.

Nach Ansicht der Verfasser wurden die Möglichkeiten des DS GAV als Steuerungsinstrument des Arbeitseinsatzes und der Ausbildung von Fachkräften in Mangelberufen nur unzureichend genutzt.

Am 8. März 1990 beschloss das Plenum des Ministerrates der DDR die Einstellung der Arbeiten am DS GAV.²⁹ Das Projektende wurde mit zu hohem Aufwand im Verhältnis zum Nutzen begründet. Zudem wurden „berechtigter Sorgen der Bürger um den Schutz der persönlichen Daten“³⁰ angeführt. Nach

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd.

²⁷ Beschluss des Präsidiums des Ministerrates über die Einbeziehung weiterer Bereiche der Volkswirtschaft in den Datenerfassungsprozess zum Aufbau des Datenspeichers „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ vom 5. November 1981, BArch DC 20-I/4/4850.

²⁸ Die AKDS-B, die die Merkmale der Betriebsangehörigen eines Bezirks enthielten, dürfen nicht mit den Arbeitskräftedaten Speichern (AKDS) der Räte der Bezirke verwechselt werden, die das Verwaltungspersonal der örtlichen Staatsorgane speicherten und zum Aufbau des Zentralen Kaderdaten Speichers des Ministerrates der DDR benötigt wurden.

²⁹ Beschluss des Plenums des Ministerrates der DDR zur Einstellung zentralisierter personenbezogener Arbeitskräftedaten Speicher in der DDR vom 8. März 1990, BArch DC 20-I/4-2927.

³⁰ Stellungnahme der Personalabteilung beim Ministerrat der DDR zum Schreiben der Ministerin für Arbeit und Löhne vom 6. Dezember 1989 an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR ... vom 28. Dezember 1989, BArch DC 20/9110. Die Äußerung bezieht sich auch auf weitere personenbezogene Datenspeicher der DDR.

der Wiedervereinigung, im November 1991, erfolgte die Abgabe des Datenfonds durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales an das Bundesarchiv Koblenz. Erhalten hat sich nur der Stichtagsdatenbestand vom 31. Dezember 1989: Aufgrund fehlender Speicherkapazitäten waren keine weiteren Stichtagsdatenbestände aufbewahrt worden.³¹

3. Überlieferungslage, Datenbestand und Datenaufbereitung

Beim überlieferten Datenbestand des DS GAV fällt auf, dass mit ca. 80 % der werktätigen DDR-Bevölkerung ein außerordentlich hoher Erfassungsgrad erzielt worden war. Dieser wird jedoch durch die teilweise mangelhafte Eintragungsgüte wieder relativiert. Dennoch ist die Anzahl der erfassten Personen mit rund sieben Millionen Fällen³² zunächst sehr eindrucksvoll. Zumindest was (heutzutage der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugängliche) prozessproduzierte Datenquellen aus den untergegangenen sozialistischen Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa anbetrifft, ist der Datensatz damit ohne Beispiel.

Die Daten wurden aus Datenschutzgründen für die Zwecke der sozialwissenschaftlichen Nutzung vom Bundesarchiv anonymisiert; die originale Personenkennzahl wurde dabei durch einen Fall-Identifikatoren ersetzt. Der Vergleich zu an anderer Stelle veröffentlichten inhaltlichen Beschreibungen des DS GAV fördert bemerkenswerte Unterschiede bei den Gesamtfallzahlen und den Besetzungszahlen der einzelnen Wirtschaftssektoren zutage. Während die Gesamtfallzahl bei Dietz/Rudolph (1990: 517) mit 7.248.666 und in den tabellarischen Übersichten bei Groebel (1997)³³ mit 7.584.106 angegeben wird, beläuft sich die Bruttofallzahl³⁴ des uns vorliegenden DS GAV auf 7.412.001. Bei der Zusammensetzung nach Wirtschaftssektoren gibt es allenfalls Ähnlichkeiten, aber keine Deckung.³⁵ Die offensichtliche Abweichung gegenüber den Angaben von Dietz/Rudolph (1990: 517) wird bei Groebel (1997: 2, 96 ff.) nicht thematisiert. Einzelheiten zur Datenaufbereitung für die damaligen Auswertungen durch das IAB entziehen sich unserer Kenntnis und konnten auch nicht in Erfahrung gebracht werden.

Ein Abgleich des DS GAV mit wirtschaftsstatistischen und soziodemographischen Angaben aus dem Jahrbuch für Statistik der DDR (1989) macht vereinzelte Erfassungslücken deutlich (vgl. Tab. 1). Auch wenn man beachtet, dass das Führen von Daten aus dem Bereich „Volksbildung“ im DS GAV zu

³¹ Rathje (1996), S. 113 f.

³² Nettofallzahl, d.h. nach Abzug sämtlicher Dubletten.

³³ Dort vgl. Tabelle 1, Seite 2 sowie Tabelle 3a, Seite 1 fort.

³⁴ Einschließlich aller Dubletten.

³⁵ Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

diesem Zeitpunkt nicht vorgesehen war, ergibt sich eine recht große Differenz. Die Fehlbestände verteilen sich mehr oder weniger unsystematisch über alle Wirtschaftssektoren und innerbetriebliche Funktionsbereiche, auch tritt keine nennenswerte Verzerrung bei der Abbildung der zu erfassenden Personengruppen hinsichtlich grundlegender soziodemographischer Merkmale auf, wie eine vergleichende Auszählung der Variable „Geschlecht“ belegt.³⁶

Tabelle 1: Datenbestand des DS GAV im Vergleich zur offiziellen DDR-Statistik³⁷
Fallzahlen nach „DDR-Wirtschaftsgruppen-Einsteller“³⁸

	GAV Version Jena (Nettofallzahlen) ³⁹		Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, S. 125 ⁴⁰	
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
1 Industrie ⁴¹	3.760.736	53,7	3.454.000	40,4
2 Bauwirtschaft	256.105	3,7	560.000	6,6
3 Land- und Frostwirtschaft	772.686	11,0	923.000	10,8
4 Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	485.997	6,9	639.000	7,5
5 Handel	731.370	10,4	877.000	10,3
6 Sonstige Zweige des produzierenden Sektors	77.058	1,1	251.000	2,9
7 Wohnungs-, Kommunal- und Geldwirtschaft	227.280	3,2	301.000	3,5
8 Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen	455.898	6,5	1.338.000	15,7
9 Staatliche Verwaltung u. gesellschaftliche Org.	237.812	3,4	204.000	2,4
Gesamt	7.004.942	100,0	8.547.000	100,0

Der Mehrbestand an Industriekadern im DS GAV gegenüber der offiziellen Statistik indes muss ein Rätsel bleiben; handelt es sich doch bei den bereinigten GAV-Datenzeilen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit um unterschiedliche *Per-*

³⁶ DS GAV: 46,7 % Frauenanteil, Statistisches Jahrbuch 1989: 48,9 % Frauenanteil.

³⁷ Vgl. ausführlich Tabelle 7 (im Anhang).

³⁸ Entsprechend der „Systematik der Volkswirtschaftszweige“, herausgegeben von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR, 1989.

³⁹ Datensatzversion ohne Dubletten.

⁴⁰ Teilweise eigene Zusammenfassungen.

⁴¹ Einschließlich des Bereiches „Produzierendes Handwerk“.

sonen (mit individuellem Identifikationskriterium), nicht um *Fälle* z.B. im Sinne einer Mehrfachführung von Personen mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen auf Teilzeitbasis. Eventuell handelt es sich auch um ein Zuordnungsproblem im Fall von Mitarbeitern der „Bauindustrie“ (Grundstoffindustrie, Bauchemie, Betonwerke etc.), die einmal zur Industrie, das andere Mal jedoch zur Bauwirtschaft gezählt werden.

Bemerkenswerterweise offenbart sich in Bezug auf die erfassten Personengruppen einmal mehr eine der gesamten DDR-Gesellschaft inhärente, als geradezu konstitutiv zu bezeichnende Problemlage, nämlich der Widerspruch zwischen dem planerischem Anspruch der zentralistischen Führungsebene einerseits und dem tatsächlich an untergeordneter Stelle Realisierten bzw. überhaupt Realisierbaren andererseits. Wie bereits dargestellt, dürfte laut den Vorschriften der übergeordneten DDR-Organen zwischen GAV und ZKDS bezüglich der Mitarbeiter in örtlichen und zentralen Staatsorganen praktisch keine Schnittmenge bestehen, dies ist jedoch nicht der Fall. Insgesamt 167.844 Personen sind sowohl im DS GAV als auch im ZKDS erfasst, das entspricht 2,4 Prozent des DS GAV. Ungefähr 40.000 Personen sind dabei den örtlichen und zentralen Staatsorganen zuzurechnen, sei es in Verwaltung, Kommunalwirtschaft oder anderen unterstellten Bereichen.

Tabelle 2: Schnittmenge zwischen DS GAV und ZKDS
Nomenklaturkaderstatus der erfassten Personen auf Regierungs-, Bezirks-, Kreis- oder Gemeindeebene

	Häufigkeit	Prozent
keine Angabe	534	0,3
keine Nomenklatur	119184	71,0
Personen auf Nomenklatur-Positionen	48126	28,7
<i>Davon:</i>		
Nomenkl. Ministerrat/Staatsrat	5192	3,1
Nomenkl. Bezirk	40612	24,2
Nomenkl. Kreis	1888	1,1
Nomenkl. Stadt/Gemeinde ⁴²	434	0,3
<i>Gesamt</i>	<i>167844</i>	<i>100,0</i>

Die Fallzahlen und der damit verbundene doch relativ große Bearbeitungsaufwand lässt den Schluss auf gewisse „Reibungsverluste“ oder „Rauschen“ nicht zu – eher drängt sich der Gedanke auf, dass konkrete Zulieferungsvorschriften auf Bearbeiterebene (auf Seiten der örtlichen Organe) missachtet oder umgangen wurden, d.h. in beide Datenspeicher in großer Zahl Personaldaten von nicht zu erfassenden Teilen der Belegschaft eingespeist wurden. Es ist davon auszugehen, dass das Befolgen der Durchführungsbestimmungen vor Ort wie auch

⁴² Beziehungsweise Nomenklatur der Einrichtung / des Betriebs

die Kontrollen von oben nicht immer „so genaugenommen“ wurden; vielmehr war eine praktikable Abweichung und Anpassung an individuelle Bedürfnisse möglich. Dies führte jedoch zu einer inhaltlichen und qualitativen Homogenität der Daten in ihrer Gesamtheit.

Der überlieferte Variablenbestand im DS GAV (vgl. Tabelle 6) ist gegenüber dem AKDS/ZKDS (vgl. Remy 2003) deutlich reduziert, eher sogar in radikaler Weise verknüpft.⁴³

Zwar diente der DS GAV arbeitsstatistischen Zwecken, aber selbst auf diesem Gebiet wäre die konzeptionelle Aufnahme einiger interessanter Variablen, wie sie etwa in den Arbeitskräftedaten Speichern vorhanden waren, durchaus lohnenswert gewesen (Erwerbsbiografie, soziale Herkunft). Ihr Fehlen stellt einen nennenswerten Nachteil für die heutige sozialwissenschaftliche Nutzung des Datenmaterials dar, insbesondere da die originalen Arbeitskräftedaten Speicher größtenteils vernichtet wurden. Zu den im DS GAV gespeicherten Angaben gehören neben Alter, Geschlecht, Bildung, Familienstand und den Informationen zur gegenwärtigen Beschäftigung etc. auch die beruflichen Qualifikationen – deren Inhalte detailliert festgehalten wurden – sowie eine Vielzahl von möglichen Berechtigungsnachweisen (wie z.B. Staplerschein und andere Spezialführerscheine, Betriebserlaubnisse für bestimmte Maschinen etc.). Die zu den Merkmalen dazugehörigen Schlüsselnummern folgen weitestgehend den einheitlichen Systematiken der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR und konnten somit dem zusammen mit den ZKDS/AKDS-Daten überlieferten elektronischen Schlüsselverzeichnis entnommen werden, das vom Bundesarchiv gesichert werden konnte. Daneben sind einige speziell für den DS GAV entwickelte Codes überliefert worden.

Für eine sozialwissenschaftliche Analyse des DS GAV, sowie aller prozessproduzierten Datenspeicher überhaupt, sieht man sich zunächst vor die Herausforderung gestellt, eine Beurteilung der Vollständigkeit der Einträge, der Datenqualität (also der Validität der Einträge) sowie dem Erfassungsstand vorzunehmen, da die Daten nicht nach den Standards wissenschaftlicher Forschung, insbesondere der methodologischen Logik eines sozialwissenschaftlichen Samplings erhoben wurden, sondern im Rahmen der Verwaltungstätigkeiten a. in unterschiedlichen organisationalen Zusammenhängen, b. über einen größeren Zeitraum sowie c. unter wechselhaften und aus heutiger Sicht teilweise erratischen Rahmenbedingungen und Durchführungsbestimmungen akkumuliert wurden: Bei lückenhafter Dokumentation durch die ursprünglichen Anwender ergibt sich für den sozialwissenschaftlichen Zweitnutzer daraus „die Gefahr, dass verzerrte Daten für evident gehalten werden. Darüber hinaus stellt sich das Problem der Relevanz von Verwaltungsbegriffen für sozialwissenschaftliche Fragestellungen in besonders starkem Maße“ (Bick/Müller 1984:134; vgl. auch Müller 1977).

⁴³ Theoretisch wäre es möglich gewesen, in den GAV sämtliche Variablen der AKDS zu übernehmen, aus denen die Daten gespeist wurden (s.o., Erklärungen zum Datenfluss).

So kann im Falle des DS GAV beispielsweise keine Aussage darüber getroffen werden, inwieweit und weshalb in einem Kombinat in einem bestimmten Industriezweig bestimmte Arbeiterschichten nur teilweise oder gar nicht erfasst worden sind, d.h. ob beispielsweise Partikularinteressen im Sinne einer Eigennutzung (Anwendung der EDV für Kaderarbeit im eigenen Zuständigkeitsbereich) oder technische Probleme ausschlaggebend für einen gegenüber dem Durchschnitt oder Soll abweichenden Erfassungsstand waren.

Erschwert werden die grundlegenden Kontrollmaßnahmen im Falle des DS GAV durch eine nicht gerade umfangreiche Überlieferung an Aktenbeständen, aus denen sich Rückschlüsse über die Zusammensetzung des Materials ziehen ließen. Überliefert sind hauptsächlich Schlüsselsystematiken und die Satzbeschreibungen/Signiervorschriften, die allgemeine Hinweise für das zuständige EDV-Personal enthielten.⁴⁴ Analytische Materialien wie zum Beispiel Listenausdrucke, tabellarische Übersichten oder Einzelfallrecherchen fehlen gänzlich. Seltsamerweise befinden sich die Variablen im überlieferten Datensatz nicht in der Reihenfolge, die die Signiervorschrift und andere überlieferte Original-Übersichten vorsehen, jedoch können die Merkmale dank ihrer charakteristischen Werteausprägungen relativ leicht identifiziert werden.

Eine Häufigkeitsauszählung sämtlicher Variablen im Gesamtdatenbestand nach Ausschluss redundanter Fälle (Dubletten) gibt Aufschluss über Erfassungslücken, die teilweise nicht plausibel sind, wenn man beachtet, dass es sich bei den Daten um Überträge aus jeweiligen Bereichs-AKDS der Ministerien und Staatsorgane handelt.

Es bieten sich mehrere Zugangsmöglichkeiten hinsichtlich einer Nutzung prozessproduzierter Massendatenpeicher der DDR-Administration wie des DS GAV für Analysen der heutigen empirischen Sozialforschung. Da ist zunächst die Querschnittsmessung von sozialstrukturellen Indikatoren für die erfassten Untersuchungspopulationen und -subpopulationen zum Erhebungszeitraum oder aus dem Datenmaterial (etwa Karrieredaten) rekonstruierbaren Zeitpunkten, mit denen beispielsweise der jeweilige „Status quo“ der sozialen Zusammensetzung von DDR-Funktionärgruppen oder Berufsgruppen und dessen Veränderung im Laufe der historischen Entwicklung aufgezeigt werden kann. Da es sich bei den beobachteten Einheiten um Aggregate handelt, werden dabei also relativ allgemeine Aussagen gemacht.

Daneben erlauben es solche Datensätze, in denen nicht nur die askriptiven und deskriptiven Merkmale von Einzelpersonen erfasst, sondern auch detaillierte Informationen über deren Karriereverläufe enthalten sind, die Untersuchung von Faktoren sozialen Wandels und demographischer Veränderungsprozesse im Längsschnitt (mittels Verlaufsdatenanalyse). Leider enthält der DS GAV entgegen unserer ursprünglichen Vermutung praktisch keinerlei Zeitin-

⁴⁴ „Organisatorische Regelungen für den Einzug der Daten des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und die Zusammenarbeit mit den datenerfassenden Bereichen“, 1983, herausgegeben vom Staatssekretariat für Arbeit und Löhne, BArch DQ 3/1983.

formationen, die Längsschnittanalysen zum Karriereverlauf (im Sinne von sozialer Aufstiegs- und Abstiegsmobilität qua beruflicher Tätigkeit) ermöglicht hätten. Zwar enthalten die zehnstelligen Berufsangaben Jahresdaten, so dass bei Analysen zur Qualifikationsstruktur auch die zeitliche Staffelung der Akkumulation von berufsfachlichen Zertifikaten berücksichtigt werden kann, jedoch beziehen sich die Angaben zur tatsächlichen beruflichen Tätigkeit lediglich auf die „Gegenwart“ zum Zeitpunkt der letztmaligen Aktualisierung bzw. Fertigstellung der überlieferten Datensatzversion (1989) und sind sogar ohne Angabe eines Eintrittsdatums in die Funktion ausgeführt. Angaben zur Erwerbsbiografie fehlen.

4. Analysen zur Sozialstruktur und Qualifikation

Befasst sich die historische Sozialforschung und empirisch arbeitende Soziologie mit den untergegangenen Realsozialismen Mittel- und Osteuropas und dabei insbesondere mit der in mehrerer Hinsicht als Sonderfall zu bezeichnenden DDR, so rücken bei einer von reiner Phänomenologie und historischen Singularitäten auf der Mikroebene abstrahierenden, analytischen Betrachtungsweise bald differenzierungstheoretische Fragestellungen in den Vordergrund, wie sie von Hartmann Tyrell (1978) in Hinblick auf moderne Gesellschaften allgemein formuliert worden sind. Die von Tyrell formulierten Überlegungen zur funktionalen Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften in relativ autonome Subsysteme spiegeln sich in der Auseinandersetzung zwischen Sigrid Meuschel (1992, 2000) und Detlef Pollack (1997, 2000) über den Grad der Homogenisierung bzw. Durchherrschung der DDR-Gesellschaft wider. Zu erörtern ist demzufolge der Grad der Autonomie gesellschaftlicher Teilbereiche der DDR-Gesellschaft vom politischen Machtzentrum, die sich u. a. auch in dortigen spezifischen Rekrutierungsmustern und Karriereologien ausdrückt. Es existierte ein Spannungsverhältnis zwischen SED-Diktatur einerseits und Modi der Differenzierung nach dem Vorbild „westlich-bürgerlicher Gesellschaften“, das auch nach dem Systemzusammenbruch 1989/90 und der sich anschließenden Transformation Ostdeutschlands weiterhin deutungs- und erklärungsbedürftig bleibt, weil genaue Ausformung und Wirkungsweisen noch keineswegs erschöpfend untersucht werden konnten.

Innerhalb des Sonderforschungsbereichs 580 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena bearbeitet das Teilprojekt A1 genau diese Problematik. In einem Sammelband der Zeitschrift *Historical Social Research* wurden vorläufige Projektergebnisse publiziert (vgl. Best/Hornbostel 2003). Die Analysen des Teilprojektes A1 basierten bisher hauptsächlich auf der Arbeit mit dem Zentralen Kaderdatenspeicher (ZKDS, vgl. auch Best/Gebauer 2002), werden in Zukunft aber durch die Auswertung weiterer Datenspeicher in erheblichem Maße erweitert. Neben dem DS GAV sind hier der Arbeitskräfte-datenspeicher Volksbil-

dung (AKDS VoBi) und die Kaderdatenbank der Deutschen Volkspolizei als prozessproduzierte Massendatenspeicher der DDR-Administration zu nennen. Daneben wurden in der zurückliegenden Projektphase weitere Datensätze aufgebaut, die die Datenfonds sinnvoll um Stichproben aus dem „X-Bereich“ ergänzen: ein Datensatz „SED-Sekretäre“ (vgl. Salheiser 2003) und ein Datensatz „NVA-Offiziere“.

Während die angeführten aufbereiteten Datenspeicher jeweils spezielle Subpopulationen der DDR-Macht- bzw. Funktionseliten abdecken oder stichprobenartig zu erfassen versuchen, umfasst der DS GAV den vergleichsweise breitesten und heterogensten Personenkreis, indem er – wie bereits oben diskutiert – eine unvollständige Gesamterhebung der in Volkswirtschaft und staatlicher Verwaltung beschäftigten DDR-Bürger mit relativ hohem Deckungsgrad gegenüber A. aktenmäßig dokumentiertem Personalbestand und B. offizieller DDR-Statistik darstellt. Im Ensemble der Kaderdaten- und Arbeitskräftedatenspeicher dient der DS GAV deshalb zu Vergleichszwecken und zur Bereitstellung von kontrastierendem Datenmaterial, weil von uns in erster Linie eine elitenbezogene Sozialforschung verfolgt wird.

Von den Merkmalen, die nach eventueller gegenseitiger Abstimmung der Kategorieschemata den im ZKDS und AKDS verfügbaren Entsprechungen in sinnvoller Weise gegenübergestellt werden können, sollen im Folgenden drei Beispiele vorgestellt und in Kürze erörtert werden, nämlich das Geschlecht, die Schulbildung und die höchste eingetragene berufliche Qualifikation.⁴⁵ Die Auswertung wird jeweils nach Wirtschaftsbereichen vorgenommen, um Heterogenitäten bezüglich 1. den Zugangschancen von Frauen zu Führungspositionen und 2. der Bedeutung formaler Qualifikation entlang horizontaler sowie vertikaler Differenzierungslinien transparent werden zu lassen. Die einstellige Angabe des „Wirtschaftszweiges“ kann auch im Falle des ZKDS aus dem Merkmal „Wirtschaftsgruppe“ abgeleitet werden.

⁴⁵ Im DS GAV sind maximal sieben, im ZKDS maximal zehn unterschiedliche Einträge zur abgeschlossenen Berufsausbildungen oder Studiengängen vorgesehen.

Tabelle 3: Geschlecht⁴⁶

	DS GAV			ZKDS 1989		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
1 Industrie	2323424	1437243	3760667	37138	8667	45805
	61,8%	38,2%	100,0%	81,1%	18,9%	100,0%
2 Bauwirtschaft	192770	63328	256098	994	113	1107
	75,3%	24,7%	100,0%	89,8%	10,2%	100,0%
3 Land- und Frostwirtschaft	474093	298553	772646	345	95	440
	61,4%	38,6%	100,0%	78,4%	21,6%	100,0%
4 Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	279621	206372	485993	3974	857	4831
	57,5%	42,5%	100,0%	82,3%	17,7%	100,0%
5 Handel	154043	577300	731343	7645	12832	20477
	21,1%	78,9%	100,0%	37,3%	62,7%	100,0%
6 Sonstige Zweige des produzierenden Sektors	26153	50905	77058	4488	1177	5665
	33,9%	66,1%	100,0%	79,2%	20,8%	100,0%
7 Wohnungs-, Kommunal- und Geldwirtschaft	111906	115367	227273	72	82	154
	49,2%	50,8%	100,0%	46,8%	53,2%	100,0%
8 Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen	124255	331627	455882	3752	1300	5052
	27,3%	72,7%	100,0%	74,3%	25,7%	100,0%
9 Staatliche Verwaltung u. gesellschaftliche Org.	47053	190756	237809	5252	6024	11276
	19,8%	80,2%	100,0%	46,6%	53,4%	100,0%
Gesamt	3733318	3271451	7004769	63660	31147	94807
	53,3%	46,7%	100,0%	67,1%	32,9%	100,0%

Zunächst wird deutlich, dass die Komposition der Subpopulationen in den einzelnen Teilbereichen von DDR-Volkswirtschaft und -Verwaltung entsprechend aller drei Merkmale sehr unterschiedlich ist. In Tabelle 3 bildet sich ab, dass in Bereichen mit typischer Frauenerwerbstätigkeit, namentlich der Handel (Kategorie 5) sowie der Kultur- und Bildungssektor (8), zwar im DS GAV als umfassender Mitarbeiterspeicher eine überdurchschnittlich hohe Frauenquote erreicht wird, die jeweiligen Quoten weiblicher Führungskräfte meist aber geringer ausfallen dürften. Es ist an dieser Stelle zu beachten, dass im ZKDS nicht nur Kader mit Leitungsbefugnis, sondern auch Spezialisten und vereinzelt Hilfskräfte des Leitungsapparates (wie Sekretärinnen und Fernschreibkräfte) miterfasst wurden, die tatsächliche Anzahl der weiblichen Führungskräfte also

⁴⁶ Kreuztabellierung und Prozentuierung nach Ausschluss ungültiger bzw. fehlender Einträge.

noch geringer ist. Die Bauwirtschaft und bestimmte Industriezweige lassen sich (nicht zuletzt in Folge der schweren körperlichen Belastung bei den zweigtypischen Tätigkeiten) überwiegend als Männerdomänen charakterisieren. Insgesamt kommt in Tabelle 3 jedoch die für die DDR als charakteristisch beschriebene hohe Frauenerwerbstätigkeit bei gleichzeitiger Deprivation in Bezug auf exponierte berufliche Stellung zum Ausdruck.

Tabelle 4: Schulbildung⁴⁷ (Auswahl der Nennungen)

	GAV			ZKDS 1989			
	8.Kl.	10.Kl.	Hochschulreife	8.Kl.	10.Kl.	12.Kl.	Berufsausbildung mit Abitur
1 Industrie	41,0%	44,2%	7,7%	32,4%	35,2%	28,1%	2,8%
2 Bauwirtschaft	41,6%	42,5%	6,8%	29,0%	32,6%	36,0%	1,8%
3 Land- und Forstwirtschaft	51,1%	34,3%	4,1%	27,7%	26,8%	38,2%	5,9%
4 Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	39,6%	48,5%	5,3%	31,6%	32,1%	32,3%	3,0%
5 Handel	34,8%	51,3%	9,8%	23,0%	43,7%	28,2%	4,0%
6 Sonstige Zweige des produzierenden Sektors	34,1%	44,2%	17,6%	19,2%	26,0%	50,4%	3,9%
7 Wohnungs-, Kommunal- und Geldwirtschaft	41,5%	50,2%	3,3%	26,0%	44,8%	26,0%	
8 Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen	32,0%	44,1%	19,3%	5,5%	5,6%	85,6%	3,1%
9 Staatliche Verwaltung u. gesellschaftliche Org.	45,4%	48,5%	2,6%	22,1%	38,8%	35,1%	3,5%
Gesamt	40,9%	44,4%	7,9%	26,8%	35,1%	33,7%	3,2%

Die Bildung gilt als ein Gebiet der sozialstrukturellen Entwicklung der DDR und ein Hauptziel gemäß des sozialreformistischen Egalisierungsgedankens, bei dem tatsächliche Erfolge verzeichnet werden konnten. Die Durchsetzung der zehnklassigen Einheitsschule in Form der polytechnischen Oberschulen (POS) spiegelt sich dementsprechend im DS GAV wider (Tabelle 4). Die jeweiligen Anteile der Mitarbeiter mit (achtklassigem) Volksschulabschluss liegen in jedem Bereich mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft unter den

⁴⁷ Vgl. Anmerkung 40.

Anteilen der ehemaligen POS-Schüler.⁴⁸ Dieser Sachverhalt steht natürlich auch in Wechselwirkung mit der altersmäßigen Schichtung des Personals. Im Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturbereich sowie dem Gesundheitswesen besitzen fast ein Fünftel der gesamten Mitarbeiterschaft die Hochschulreife, im Gegensatz zur staatlichen Verwaltung, wo der Anteil der ehemaligen EOS-Schüler bzw. Gymnasiasten mit 2,6 % am geringsten ist. Der Trend zur höheren Schulbildung im Kaderdatensatz gegenüber dem DS-GAV korrespondiert erwartungsgemäß mit einem Trend zur höheren Qualifikation bei Leitungskadern.

Tabelle 5: Höchste Qualifikation⁴⁹ (Auswahl der Nennungen)

	GAV			ZKDS 1989		
	Hochschul-Studium	Fachschul-Studium	Facharbeiter	Hochschul-Studium	Fachschul-Studium	Facharbeiter
1 Industrie	6,4%	10,6%	74,3%	37,6%	36,9%	17,8%
2 Bauwirtschaft	5,9%	10,1%	76,0%	50,5%	46,6%	1,9%
3 Land- und Frostwirtschaft	4,0%	7,1%	79,6%	63,2%	29,0%	5,5%
4 Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	4,3%	7,8%	81,2%	49,6%	37,0%	8,2%
5 Handel	7,6%	27,7%	61,3%	27,9%	30,3%	40,0%
6 Sonstige Zweige des produzierenden Sektors	16,4%	16,3%	62,0%	65,6%	24,5%	9,0%
7 Wohnungs-, Kommunal- und Geldwirtschaft	1,8%	5,3%	85,3%	35,7%	24,7%	38,3%
8 Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen	19,9%	33,8%	42,9%	95,7%	2,3%	1,8%
9 Staatliche Verwaltung u. gesellschaftliche Org.	1,6%	5,0%	89,8%	43,2%	24,6%	31,5%
Gesamt	6,8%	12,9%	72,8%	42,0%	31,5%	22,0%

So ergibt sich auch bei der beruflichen Qualifikation eine interessante Verteilung über die Sektoren hinweg, wobei Unterschiede bezüglich des technologischen Niveaus (z. B. Industrie vs. Handel) bzw. dominierende zweigtypische Tätigkeiten (z. B. Gesundheitswesen vs. Landwirtschaft) zum Tragen kommen. Insgesamt betrachtet war der Facharbeiterabschluss die ‚Standardqualifikation‘;

⁴⁸ Der POS-Abschluss entsprach dem Realschulniveau.

⁴⁹ Vgl. Anmerkung 40.

demzufolge die durchschnittliche Ausstattung der DDR-Beschäftigten mit formalen Bildungszertifikaten durchaus beachtlich. Das produktionsorientierte Fachschulstudium war häufiger als das Hochschulstudium, im Kaderdatenspeicher (insbesondere auf den Leitungsebenen) kehrt sich dieses Verhältnis jedoch um. Selbstverständlich ist es hier wieder der Wissenschafts- und Bildungssektor, in dem der höchste Anteil von Kadern mit Hochschulabschluss zu verzeichnen war.

Insgesamt lassen sich nicht nur große qualifikationsspezifische Differenzen zwischen den Sektoren erkennen, sondern zeigt sich auch, wie der Bildungsaspekt eine markante Trennungslinie im sozialstrukturellen Gefüge der DDR-Gesellschaft darstellte, wobei der Zugang zu exponierten Stellungen in allen Teilbereichen offensichtlich den Erwerb höherer formaler Bildungszertifikate voraussetzte. Die prägnante Formel „Macht durch Wissen“ (Glaebner/Rudolph 1978) besaß also insofern *bedingt* Geltung, wie eine fortschreitende Akademisierung der führenden Wirtschafts- und Verwaltungsfunktionärsschichten in Abhängigkeit mit dem Funktionsbereich und der Position in der Leitungshierarchie stattfand. Darüber hinaus ist aber für die berufliche Mobilität in der DDR eine Vielzahl weiterer Faktoren wie beispielsweise die politische Loyalität oder die soziale Herkunft zu beachten.

5. Resümee und Ausblick

Keineswegs war die „werk tätige Bevölkerung“ der DDR ihren sozialen Eigenschaften, ihrer Ausstattung mit sozialem (kulturellem, symbolischen) Kapital bzw. ihren berufsbiografischen Erfahrungshorizonten nach ein monolithisches Kollektiv, wie sich mit dem DS GAV erneut bestätigen und zeigen lässt. So wie das Bild von der DDR als einer homogenisierten Gesellschaft unter Berücksichtigung heute verfügbarer empirischer Befunde zurückzuweisen ist, sind es gerade die systemimmanenten Widersprüche und strukturellen Polymorphismen innerhalb der Sozialstruktur der DDR, deren genaueren Untersuchung es weiterhin bedarf.

Der Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen unterstützt dabei als wohl umfangreichster elektronischer personenbezogener Massendatenspeicher der DDR die Beantwortung differenzierter Fragestellungen vor allem zur Qualifikationsstruktur der Arbeiter und Angestellten in Betrieben und Einrichtungen der Volkswirtschaft bzw. der staatlichen Verwaltung. Auch bietet sich die Auswertung des DS GAV an, wenn es darum geht, Prozesse der fachberuflichen Mitarbeiterqualifizierung beispielsweise in einzelnen Industriezweigen der DDR nachzuvollziehen. Mit der tiefgreifenden Transformation der Industriestruktur Ostdeutschlands seit Beginn der 90er Jahre dürften Analysen auf Grundlage des DS GAV auch für die gegenwärtige Transformationsforschung beträchtliche Relevanz besitzen.

Gegenüber Zentralem Kaderdatenspeicher und den Arbeitskräftedatenspeichern besitzt der DS GAV ein deutlich reduziertes Variablenprogramm. Sein Potential für eine empirisch arbeitende historische Sozialforschung, die beispielsweise die Bedeutung politischer Loyalität für Karriereverläufe oder die Vererbung sozialen Status' qua familialer Filiation untersucht, ist daher eher als gering zu bewerten. Dort kann der Datenspeicher nur ergänzende Dienste leisten. Aus arbeits- und industriesoziologischer Sicht hingegen stellt der DS GAV eine einzigartige Datenquelle dar und muss vorläufig noch als unterausgewertet gelten.

Literatur

- Best, Heinrich / Ronald Gebauer (Hrsg. / 2002): (Dys)funktionale Differenzierung? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Funktionseleiten (SFB-580-Mitteilungen, H. 3), Jena / Halle.
- Best, Heinrich / Stefan Hornbostel (2003a): Die Analyse prozess-produzierter Daten am Beispiel des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR. In: Dies. (Hrsg.): Funktionseleiten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Sonderheft 1/2 der Historical Social Research, Jg. 28, Nr. 103/104, S. 108–127.
- Best, Heinrich / Stefan Hornbostel (Hrsg. / 2003b): Funktionseleiten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Sonderheft 1/2 der Historical Social Research, Jg. 28, Nr. 103/104.
- Bick, Wolfgang / Paul Müller (1984): Sozialwissenschaftliche Datenkunde für prozeß-produzierte Daten: Entstehungsbedingungen und Indikatorenqualität. In: Dies. u. Reinhard Mann (Hrsg.): Sozialforschung und Verwaltungsdaten. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 123–159.
- Dietz, Friedo / Helmut Rudolph (1990): Berufstätigenerhebung und Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“. Statistische Grundlagen zu wichtigen Strukturen der Erwerbstätigen in der vormaligen DDR. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 23, Nr. 4, S. 511–518.
- Glaebner, Gert-Joachim / Irmhild Rudolph (1978): Macht durch Wissen. Zum Zusammenhang von Bildungspolitik, Bildungssystem und Kaderqualifizierung in der DDR. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Groebel, Annegret (1997): Strukturelle Entwicklungsmuster in Markt- und Planwirtschaften. Vergleich der sektoralen Erwerbstätigenstrukturen von BRD und DDR. Heidelberg: Physica-Verlag.
- Herbst, Andreas / Winfried Ranke / Jürgen Winkler (1994): So funktionierte die DDR, Bd. 1 u. 2: Lexikon der Organisationen und Institutionen. Reinbek bei Hamburg: Rohwolt-Taschenbuch-Verlag.
- Lapp, Peter Joachim (1982): Der Ministerrat der DDR. Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der anderen deutschen Regierung (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 49), Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meuschel, Sigrid (2000): Machtmonopol und homogenisierte Gesellschaft. Anmerkungen zu Detlef Pollack. In: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 26, H. 1, S.171–183.
- Müller, Paul J. (Hrsg. / 1977): *Die Analyse prozeß-produzierter Daten*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Pollack, Detlef (1997): Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? In: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 24, H. 1, S. 110–131.
- Pollack, Detlef (2000): Die offene Gesellschaft und ihre Freunde. In: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 26, H. 1, S.171–183.
- Rathje, Ulf (1996): Der „Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ der DDR. In: *HSR*, Jg. 21, H. 2, S. 113–118.
- Rathje, Ulf (2003): Archivierung von DDR-Daten im Bundesarchiv – ein Rückblick auf zehn Jahre. In: Heinrich Best / Stefan Hornbostel (Hrsg.): *Funktionseliten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde*, Sonderheft 1/2 der *Historical Social Research*, Jg. 28, Nr. 103/104, S. 57–72.
- Remy, Dietmar (2003) Datenfriedhof oder Füllhorn für die DDR-Forschung? Geschichte, Funktionsweise und wissenschaftlicher Wert des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR. In: Heinrich Best / Stefan Hornbostel (Hrsg.): *Die Funktionseliten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde*, Sonderheft 1/2 der *Historical Social Research*, Jg. 28, Nr. 103/104, S. 73–107.
- Salheiser, Axel (2003): Der Sekretäre-Datensatz: Konzeption, Aufbau und Auswertung. In: Heinrich Best / Heinz Mestrup (Hrsg.): *Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED. Machtstrukturen und Herrschaftspraxis in den thüringischen Bezirken der DDR*, Weimar / Jena: Hain, S. 477–485.
- Salomon, Jürgen (1981): Probleme der Genauigkeit bei der Massendatenverarbeitung unter besonderer Berücksichtigung der Fehlerbereinigung und der Fortschreibung, dargestellt am Beispiel des Projektes „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“. Dissertation, Humboldt-Universität Berlin (Ost).
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR (Hrsg. / 1990): *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1989*. Berlin (Ost).
- Tyrell, Hartmann (1978): Anfragen an die Theorie der gesellschaftlichen Differenzierung. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 7, H. 2, S. 175–193.

Anhang – Tabellen

Tabelle 6: Merkmalsübersicht DS GAV (anonymisierter Datensatz)

Lfd. Nr.	Variablenname
1	Personengruppe
2	Wirtschaftsorgan
3	Betriebsnummer des berichtspflichtigen Betriebs
4	Teilbetriebs-/Einrichtungsnummer
5	Geburtsjahr
6	Geschlecht
7	Familienstand
8	Hauptwohntort
9	Anzahl unterhaltspflichtiger Kinder
10	Grad des Körperschadens
11	Rentenart
12	Rehabilitant
13	Heimarbeiter
14	Schulbildung
15	Datum Arbeitsaufnahme/Lehrbeginn
16	Laufende Ausbildung
17	Beruf 1
18	Beruf 2
19	Beruf 3
20	Beruf 4
21	Beruf 5
22	Beruf 6
23	Beruf 7
24	Berechtigungsnaehweis 1
25	Berechtigungsnaehweis 2
26	Berechtigungsnaehweis 3
27	Berechtigungsnaehweis 4
28	Berechtigungsnaehweis 5
29	Berechtigungsnaehweis 6
30	Berechtigungsnaehweis 7
31	Berechtigungsnaehweis 8
32	Berechtigungsnaehweis 9
33	Berechtigungsnaehweis 10
34	Berufsausbildung mit Abitur
35	Ausbildungsberuf
36	Kreisamt für Arbeit
37	Arbeitsort
38	Tätigkeit/Sollqualifikation
39	Arbeitsbereich
40	Tätigkeitshauptgruppe
41	Wöchentliche Arbeitszeit
42	Voraussichtlicher Abschluß Lehre/Studium
43	Kategorie der gesetzlichen Arbeitszeit
44	Schichtarbeit
45	Zugangsquelle
46	Abgangsdatum im vorherigen Betrieb
47	Akademischer Grad
48	Freistellung von der Arbeit
49	Staatsbürgerschaft

Tabelle 7: Wirtschaftssektor („DDR-Zweisteller“)
 Rekodierung aus der Angabe der Betriebsnummer⁵⁰DS GAV ohne Dubletten

DDR-Wirtschaftssektor (2-Steller)	Häufigkeit	Prozent
0 Keine Angabe	48	,0
10 Energie- u. Brennstoffindustrie	240182	3,4
11 Chemische Industrie	343509	4,9
12 Metallurgie	134939	1,9
13 Baumaterialienindustrie	87262	1,2
14 Wasserwirtschaft	22739	,3
15 Maschinen- u. Fahrzeugbau	914335	13,1
16 Elektrogerätebau	486260	6,9
17 Leichtindustrie	396608	5,7
18 Textilindustrie	170302	2,4
19 Lebensmittelindustrie	264721	3,8
20 Bauwirtschaft	501334	7,2
31 Landwirtschaft	778400	11,1
32 Binnenfischerei	3423	,0
33 Veterinärwesen	5773	,1
34 Agrochemie/Pflanzenschutz	26157	,4
35 Mischfutterproduktion	8601	,1
36 Forstwirtschaft	47480	,7
41 Verkehr	468081	6,7
45 Post- u. Fernmeldewesen	132682	1,9
51 Außenhandel	20269	,3
52 Binnenhandel	728543	10,4
53 Kühl- u. Lagerhäuser	3347	,0
61 Wirtschaftsleitende Organe	32050	,5
62 Forschungs- u. Entwicklungszentren	50760	,7
63 Projektierungs-, Anlagebaubetriebe	33219	,5
64 Geolog. Untersuchungen, Kartenwesen	8727	,1
65 Verlage	3635	,1
66 Reparaturkombinate	48594	,7
67 Textiles Reinigungswesen	23239	,3
68 Rechenbetriebe	23396	,3
69 Sonst. produzierende Betriebe	12626	,2
70 Wohnungs-, Kommunal-, Geldwirtschaft	203743	2,9
81 Wissenschaft, Forschung	49146	,7
82 Bildungswesen	131562	1,9
83 Kultur und Kunst	61033	,9
84 Gesundheitswesen	375423	5,4
85 Sozialwesen	139792	2,0
86 Körperkultur, Sport	8690	,1
87 Erholungswesen, Touristik	8019	,1
91 Staatl. Wirtschaftsleitung	2380	,0
92 Staatl. Verwaltung	3823	,1
99 sonstige/übrige ⁵¹	90	,0
<i>Gesamt</i>	<i>7.004.942</i>	<i>100,0</i>

⁵⁰ Die Berechnung erfolgte anhand des elektronischen Betriebsnummernverzeichnisses der DDR und des elektronischen Schlüsselnummernverzeichnisses des Kaderprojekts beim Ministerrat der DDR.

⁵¹ Für die entsprechenden Betriebsnummer konnte kein Label rekonstruiert werden.

Tabelle 8: Überlieferter Datenbestand
zum Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ (DS GAV)

DDR- Wirtschaftssektor (2-Steller)	DS GAV nach Dietz/ Rudolph 1990 ⁵²	DS GAV anonymisierte Version des SFB 580 (Jena)					
		mit Dubletten	ohne Dubletten	(ohne unzulässige Dubletten ⁵³)			
				n	%	Leiter ⁵⁴ (%)	Frauen (%)
keine Angabe	-	178	139	178	0	0,6	69,5
10 Energie- u. Brennstoff- industrie	241.874	241925	240182	240.527	3,3	1,2	29,4
11 Chemische Industrie	349.588	349683	343509	345.552	4,8	4,6	41,6
12 Metallurgie	135.156	135156	134939	135.097	1,9	2,5	28,1
13 Baumaterialien- industrie	90.107	90881	87262	89.363	1,2	1,2	27,7
14 Wasserwirtschaft	23.836	23836	22739	23.219	0,3	0,6	28,5
15 Maschinen- u. Fahrzeugbau	932.051	941947	914335	928.240	12,9	3,1	30
16 Elektrogerätebau	495.125	503533	486260	492.037	6,8	6,2	43,6
17 Leichtindustrie	410.665	413811	396608	403.507	5,6	1,4	58
18 Textilindustrie	173.039	173327	170302	171.676	2,4	1	66,1
19 Lebensmittelindustrie	276.948	288477	264721	274.813	3,8	0,6	46,3
20 Bauwirtschaft	520.645	560922	501334	518.476	7,2	0,4	17,2
31 Landwirtschaft	810.008	811669	778400	806.881	11,2	0,5	39,7
32 Binnenfischerei	3.584	3584	3423	3.580	0	0,7	22,8
33 Veterinärwesen	5.873	6281	5773	5.873	0,1	0,8	50,7
34 Agrochemie/ Pflanzenschutz	27.397	28954	26157	27.371	0,4	0,6	19,3
35 Mischfutterproduktion	9.227	9227	8601	9.216	0,1	0,4	33,9
36 Forstwirtschaft	49.361	52751	47480	49.303	0,7	0,2	20,7
41 Verkehr	486.673	504083	468081	477.239	6,6	0,3	27
45 Post- u. Fernmelde- wesen	134.064	134064	132682	134.064	1,9	0,5	68,3
51 Außenhandel	21.071	21071	20269	20.968	0,3	3,6	69,6
52 Binnenhandel	757.400	813942	728543	753.875	10,5	0,2	74,2
53 Kühl- u. Lagerhäuser	3.608	3608	3347	3.484	0	0,2	42,5
61 Wirtschaftsleitende Organe	33.651	34056	32050	33.199	0,5	4,4	47,3

⁵² S. 517.

⁵³ Das heißt, eine doppeltes, dreifaches usw. Auftreten des Fall-Identifikators (verschlüsselte, d.h. anonymisierte ID) im Datenbestand gilt als zulässig bei unterschiedlichen Betriebsnummern im Sinne mehrerer gleichzeitiger Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeitarbeit).

⁵⁴ GAV-interne Angabe der Zugehörigkeit zum Leitungspersonal des Betriebes bzw. der Einrichtung.

62 Forschungs- u. Entwicklungszentren	53.194	53494	50760	52.792	0,7	44,3	47,1
63 Projektierungs-, Anlagebaubetriebe	34.245	34245	33219	33.853	0,5	5	50,6
64 Geolog. Untersuchungen, Kartenwesen	9.128	9128	8727	9.022	0,1	4,9	28,2
65 Verlage	3.731	3731	3635	3.731	0,1	0,1	70
66 Reparaturkombinate	50.637	55423	48594	50.434	0,7	0,2	66,1
67 Textiles Reinigungswesen	24.252	25185	23239	24.139	0,3	0,4	74,6
68 Rechenbetriebe	23.880	24336	23396	23.848	0,3	13,6	67,2
69 Sonst. produzierende Betriebe	13.083	13748	12626	13.078	0,2	1,1	45,2
70 Wohnungs-, Kommunal-, Geldwirtschaft	214.692	222871	203743	214.071	3	0,2	55,2
79 Private Haushalte	-	-	-	-	-	-	-
81 Wissenschaft, Forschung	54.618	54618	49146	53.614	0,7	41,4	52,5
82 Bildungswesen	138.285	137101	131562	136.814	1,9	8,7	62,4
83 Kultur und Kunst	64.820	64820	61033	64.723	0,9	26,2	56
84 Gesundheitswesen	390.608	390579	375423	389.087	5,4	0	83,5
85 Sozialwesen	150.026	149822	139792	148.610	2,1	0	92,8
86 Körperkultur, Sport	9.778	9778	8690	9.766	0,1	5,5	44,1
87 Erholungswesen, Touristik	9.062	9062	8019	9.037	0,1	0,2	54
91 Staatl. Wirtschaftsleitung	2.418	2469	2380	2.417	0	9,4	39
92 Staatl. Verwaltung	4.577	4625	3823	4.555	0,1	2,2	62,5
95 Parteien, Massenorganisationen	-	-	-	-	-	-	-
98 Interessensgemeinschaft., Konfessionen	-	-	-	-	-	-	-
99 Übrige	6.681	-	-	-	-	-	-
Gesamt	7.248.666	7.412.001	7.004.942	7.191.329	100	2,6	46,7